Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Zeile kostet 0.30 Reichsmark, für auswärts 0.35 Reichsmark. Die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 1.50 Reichsmark, für auswärts 2.00 Reichsmark. – Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.10 Reichsmark. – Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 R.-Mark. Postbezug für Monat Oktober 2.00 Reichsmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich 15 Kr. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich 0.90 Reichsmark, nach dem Auslande 1.20 Reichsmark. Einzelnummer 10 R.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 241 | Donnerstag, 14. Oktober 1926 | XXXIV. Jahrg.

Umschwung in Prag

Teilnahme der Sudetendeutschen an der Regierung – Ekelhafte Prügelszenen im Preußischen Landtag – Landtags-Ende in Sachsen

Das neue Kabinett Svehla

Telegramm unsres Korrespondenten

d. Prag, 13. Oktober

Nach wochenlangen Beratungen hat gestern das tschecho-slowakische Beamtenkabinett einem parlamentarischen Koalitionsministerium mit Svehla an der Spitze Platz gemacht. Dem neuen Kabinett kommt historische Bedeutung zu. Denn in ihm sind zum ersten Male seit dem Bestehen der tschechischen Republik die Sudetendeutschen durch zwei Minister vertreten. Das Kabinett setzt sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammen:

Svehla: Vorsitzender der Regierung,
Dr. Hodza: Unterricht und Volksaufklärung,
Dr. Mayr-Harting: Justiz (Deutscher),
Nacman: Eisenbahnen,
Dr. Spina: Oeffentliche Arbeiten (Deutscher),
Dr. Srdinko: Landwirtschaft,
Udržal: Nationale Verteidigung,
Sramek: Soziale Fürsorge,
Dr. Nosek: Post- und Telegraphendienst,
Dr. Benesch: Auswärtige Angelegenheiten,
Czerny: Inneres,
Prof. Dr. English: Finanzen,
Dr. Peroutka: Industrie, Handel und Gewerbe,
Dr. Kalley: Minister ohne Portefeuille.

Es ist dies das dritte Kabinett unter Svehla, der stets von seinen „aus Gesundheitsrücksichten" angetretenen Reisen zurückzukehren pflegt, wenn in der Zwischenzeit eine neue politische Lage herangereift ist. Natürlich versuchte er bis zur letzten Minute, ein rein tschechisches Kabinett zu bilden und die ehemalige all-nationale Koalition wiederherzustellen. Nun präsentiert er ein Kabinett mit zwei deutschen Ministern als letzte Möglichkeit und deckt sich so im vorhinein gegen chauvinistische Angriffe auf seine nationale „Umstellung".

Für die Deutschen in der Tschecho-Slowakei bedeutet der Eintritt von zwei ihrer Parlamentarier in die Regierung **ein Ereignis von höchster Bedeutung.** Dies geht schon aus dem Umstand hervor, daß es das erstemal ist, daß in einem europäischen Staat mit deutschen Minderheiten **Angehörige des deutschen Volkes als Minister an der Leitung der Staatsgeschäfte teilnehmen.** Ob dieses Ereignis für die Sudetendeutschen einen Wendepunkt in ihrem nationalen Schicksal zu bedeuten hat, muß allerdings erst die Zukunft erweisen.

Die beiden deutschen Minister sind die durch ihre parlamentarische Tätigkeit bereits bekannten Universitätsprofessoren und Abgeordneten Dr. Spina und Dr. Mayr-Harting. **Professor Dr. Spina,** der mit dem Ministerium für öffentliche Arbeiten betraut worden ist, hat als Vizepräsident des Abgeordnetenhauses und Obmann der stärksten deutschen Partei, des Bundes der Landwirte, als erster die **Vermittlerrolle in den Verhandlungen zwischen den Sudetendeutschen und den tschechischen Parteien übernommen.** Er ist ein gebürtiger Deutsch-Mähre und seit Jahren als Professor für slawische Sprachen an der deutschen Universität in Prag tätig. Dem tschechischen Parlament gehört er seit Anbeginn an, bekleidet die Obmannstelle im Deutschen Verband und im deutschen Schulausschuß.

Der zweite deutsche Minister, **Professor Dr. Mayr-Harting,** dem das Justizministerium zufällt, gehört als Obmannstellvertreter dem Abgeordnetenklub der Christlich-sozialen Volkspartei an. Er ist ein gebürtiger Wiener, aber schon seit 1909 als Professor für bürgerliches und römisches Recht an der deutschen Universität in Prag tätig. Mayr-Harting ist Ehrendoktor der Universität Padua, Vorsitzender der ständigen Vertretung des Deutschen Juristentags und auch als Verfasser zahlreicher rechtswissenschaftlicher Werke und Gutachten bekannt.

In dem neuen dritten Kabinett Svehla sind drei Fachminister erhalten geblieben. Und zwar hat der bisherige Ministerpräsident Czerny das von ihm schon früher einmal geleitete Ministerium des Innern übernommen. Dr. Benesch behält das Außenministerium und Dr. English das Finanzressort. Unter den übrigen Mitgliedern der Regierung befinden sich zusammen mit dem Ministerpräsidenten vier tschechische Agrarier, zwei katholische Volksparteiler und ein tschechischer Gewerbeparteiler.

Noch unentschieden ist die Stellung der Slowaken, die, bevor sie in den Eintritt in die Regierung einwilligen, die Rückkehr ihres Führers, des Paters Hlinka, aus Amerika abwarten. **Doch für die neue parlamentarische Mehrheit sind sie bereits gewonnen worden. Die neue parlamentarische Mehrheit besitzt ein Uebergewicht von 26 Stimmen,** von denen allerdings die der parlamentarischen Minister nicht immer praktisch in Betracht kommen. Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Regierungsmehrheit und Opposition ist fast das gleiche wie nach den Wahlen im vorigen Herbst geblieben und **es ist mit der Obstruktion der Oppositionsparteien schon bei der morgigen Regierungserklärung im Abgeordnetenhaus zu rechnen.**

Die heutigen bürgerlichen Blätter sehen insgesamt in dem Eintritt der Deutschen in die Regierung ein Ereignis von historischer Bedeutung. Die tschechische bürgerliche Presse begrüßt den Eintritt, sogar die Nationaldemokraten, allerdings mit einigen Vorbehalten. Gegen den Außenminister Dr. Benesch nimmt nur das Blatt der tschechischen klerikalen Volkspartei Stellung. Auch die deutschen bürgerlichen Blätter messen dem Eintritt der Deutschen die höchste Bedeutung bei, sind aber, soweit sie nicht Parteipresse sind, zurückhaltend. So sagt zum Beispiel das „Prager Tagblatt": **„Der Eintritt der Deutschen in die Regierung kann immerhin als ein Erfolg des Verständigungsgedankens betrachtet werden. Ihn als deutschen Erfolg zu werten, wäre verfrüht."**

Die Regierungserklärung morgen dürfte bereits einigen Aufschluß darüber geben, was die Deutschen von der neuen Wendung der Dinge zu ihrem Heil zu erwarten haben.

•

Ein Experiment

Die Sudetendeutschen haben nach den Aeußerungen ihrer führenden Zeitungen ohne besondere Illusionen die „magere Offerte" der zwei Ministerressorts, wie sich die Prager „Bohemia" ausdrückt, angenommen. Sie sind davon überzeugt, daß der Eintritt in das Kabinett Svehla ein Experiment ist. Damit haben sie recht. Aber dieses Experiment ist nicht nur wichtig für die innenpolitische Entwicklung der Tschecho-Slowakei, sondern auch von einer gar nicht abzuschätzenden Bedeutung für die Zukunft der europäischen Minderheitenfrage, dieser schwierigsten und dornenvollsten Erbschaft des Weltkrieges und des Versailler Vertrages. Der Friede Europas wird im wesentlichsten von der Art der Liquidation abhängen.

So sind denn die Augen der ganzen Welt jetzt auf Prag gerichtet: auf die Tschechen sowohl wie auf die Deutschen. Die deutschen Parteiführer haben ihren Beschluß nicht ohne Widerstand in ihren eigenen Reihen gefaßt. Ganz abgesehen von denjenigen Kreisen, die jede Zusammenarbeit mit dem tschechischen Staat ablehnen, war mit den Bedenken derer zu rechnen, die zwar eine tschechische Regierung unterstützen, aber nicht selbst in ein tschechisches Kabinett eintreten wollten. Es ist erfreulich, daß man in den Reihen der Deutschen realpolitisch genug dachte und, nachdem man sich schon zu dem Experiment entschlossen hatte, nicht auf halbem Wege stehen blieb, sondern mit beiden Füßen in die Mitverantwortung hineinsprang. Durch Teilnahme an den Beschlüssen des Ministerrats und der Verwaltung zweier wichtiger Ressorts kann das Ansehen und die wirtschaftliche und die politische Lage der Sudetendeutschen nur gefestigt werden.

Auch bei den Tschechen gab es viele, die nur widerwillig an eine Zusammenarbeit mit den Deutschen gehen wollten, und schon die nächsten Parlamentssitzungen werden zeigen, daß diejenigen tschechischen Politiker, die vernünftig genug sind, an der Ueberbrückung des Abgrundes zwischen Deutschen und Tschechen in dem kleinen Staate zu arbeiten, eine starke und vor allem eine sehr laute Minderheit gegen sich haben. Der Weg zu jener „höheren Schweiz" die einige Idealisten im Jahre 1918 gründen wollten und aus der dann ein oft recht brutaler Nationalstaat geworden ist, führt sicher noch über große Widerstände hinweg. Aber die Deutschen haben durch ihren Eintritt ins Kabinett und die Uebernahme der Mitverantwortung gezeigt, daß sie bereit sind, an der inneren politischen und wirtschaftlichen Festigung der Tschecho-Slowakei mitzuarbeiten. Pflicht der Tschechen ist es nun, die Deutschen auch ehrlich als gleichberechtigt anzuerkennen, und nicht mehr als Staatsbürger zweiter Klasse zu behandeln. Vermögen es Tschechen und Deutsche, die bisher getrennte Wege gingen, jetzt vereint zu marschieren so ist ihnen ein Experiment von entscheidender Bedeutung für die Zukunft Europas gelungen.

Th. Sch.

Verminderung der Besatzungsarmee?

Besprechung Briands mit Guillaumat

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

L Paris, 13. Oktober. (Durch United Preß.) **Briand besprach mit General Guillaumat, dem Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen, die eventuelle Möglichkeit einer weiteren Herabsetzung der französischen Truppenstärke im Rheinland.** Wie von informierter Seite verlautet, soll diese Herabsetzung der Rheinlandtruppen bereits so gut wie beschlossene Sache sein.

•

Keine vorzeitige Rückgabe des Saargebietes?

Eine Erklärung Poincarés

Telegramm unsres Korrespondenten

eh. Paris, 13. Oktober

Raymond Poincaré, der gestern vormittag einige konfessionelle Schulen in der Umgebung von Straßburg besuchte, empfing nachher eine Delegation rechtsstehender Deputierter und Senatoren, darunter den Senator General Taufflieb. Im Verlaufe der Besprechung, die hauptsächlich Wirtschaftsfragen betraf, erklärte Poincaré, daß die Regierung nicht im mindesten daran denke, das Saargebiet aufzugeben bzw. vor Ablauf der vertragsmäßigen Frist an Deutschland zu übergeben.

•

Vorbereitung der Annäherung

Telegramm unsres Korrespondenten

eh. Paris, 13. Oktober

Die „Ere Nouvelle" veröffentlicht folgende Mitteilung: **Entsprechend dem Meinungsaustausch, der in Thoiry zwischen Briand und Stresemann stattgefunden hat, werden sich die künftigen deutsch-französischen Besprechungen nicht allein auf finanzielle, sondern auch auf militärtechnische Fragen ausdehnen. Die Sachverständigen des Außenamtes sind momentan damit beschäftigt, gemeinschaftlich mit militärischen Persönlichkeiten einen Gesamtplan für die Annäherung zwischen den beiden Staaten auszuarbeiten und diesen Plan in juristischer, wirtschaftlicher, politischer und finanzieller Hinsicht auszugestalten. Parallele Studien finden auch in Berlin statt. Erst wenn das Terrain genügend sondiert ist, werden die französischen und deutschen Sachverständigen gemeinschaftlich miteinander arbeiten.**

•

Wenn die französische Regierung wirklich hinter der Straßburger Erklärung Poincarés über das Saargebiet steht, brauchten diese Verhandlungen gar nicht erst begonnen zu werden. Zu der geistigen Verfassung des Lothringers führt von Deutschland aus keine Brücke.

Offizieller Schritt der englischen Industriellen?

Telegramm unsres Korrespondenten

w. London, 13. Oktober

Heute wird ein andrer der Delegierten der Konferenz, Mr. Frank Mustratt, bei einer Sitzung des großen Rates der Föderation britischer Industrieller den Vorsitz führen. Hierbei wird wohl der gesamte Fragenkomplex besprochen und ein Beschluß gefaßt werden, einen offiziellen Schritt zur **Herbeiführung engeren Zusammenwirkens der Föderation britischer Industrieller mit dem deutschen Industrieverband** zu unternehmen. Der Rat wird auch die Ernennung eines seiner Mitglieder namens Nugent zum Chef des Sekretariats ratifizieren, der den Kontakt aufrechtzuerhalten hat.

Der Präsident der deutschen Baumwollefabrikanten, Johannes Elster, der an der Konferenz teilnahm, traf gestern in Manchester ein und besuchte die dortige Handelskammer. Ein andrer deutscher Textilvertreter, Esraim, besuchte Broadford, wo er mit britischen Woll- und Textilvertretern zusammentraf.

•

Nervosität in Amerika

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

L Washington, 13. Oktober. (Durch United Preß.) Die Heimlichkeit, mit der die Begegnung der englischen und deutschen Industrievertreter umgeben war, hat hier eine gewisse Nervosität hervorgerufen. Freilich wird auch darauf hingewiesen, daß die Vielseitigkeit der in Romsey vertretenen Interessengruppen auch bedeuten könne, daß nur die allgemeinen Grundrisse der Wirtschaftsbeziehungen beider Länder zur Diskussion gestanden hätten. Eine solche allgemein gehaltene Verständigung entspräche dem Wunsche der Vereinigten Staaten, wie dieser in mehreren Denkschriften der amerikanischen Sektion der Internationalen Handelskammern zum Ausdruck gebracht sei. **Etwas andres sei es, wenn definitive Abmachungen über Zusammenarbeit und Aufteilung der Märkte zwischen den einzelnen Industriegruppen getroffen würden.** Besondere Bedeutung mißt man in dieser Hinsicht der Möglichkeit eines Zusammengehens der Elektrizitätsindustrie der beiden Länder bei. Es wird angedeutet, die deutschen Firmen könnten vielleicht in England Kredite erhalten, mit denen sie ihre amerikanischen Anleihen zurückzahlen und dann gemeinsam mit den Engländern einen großen Feldzug auf den Weltmärkten und insbesondere Rußland unternehmen könnten. Auch ist man besorgt vor einem Zusammengehen der deutschen und englischen Schiffahrtsgesellschaften gegen die amerikanische Schiffahrt. Die Anwesenheit von Vertretern der Hamburg-Amerika-Linie und der Cunard-Linie könne darauf hindeuten, daß die Gesellschaften versuchen werden, mehr Schiffe von den Amerikanern zu erwerben.

Wasserstraßenkonferenz der Länder in Dresden

* Dresden, 13. Oktober. Wie wir erfahren, **findet gegenwärtig in Dresden eine Konferenz von Vertretern derjenigen deutschen Länder statt, die über eigene Wasserstraßen verfügen. Im Mittelpunkt der Besprechungen steht die Denkschrift des Reichsverkehrsministeriums über die künftige Organisation der Reichswasserstraßenverwaltung. Man darf annehmen, daß die Konferenz entsprechend der bisherigen Stellungnahme der Länder eine ablehnende Stellung gegen den Plan auf Verreichlichung der Wasserstraßen einnehmen wird.**

Der neue englisch-russische Annäherungsversuch

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

L London, 13. Oktober. (Durch United Preß) **In der Unterredung Chamberlains mit dem russischen Geschäftsträger Krassin, über die schon gestern berichtet wurde, wurde, wie United Preß von maßgeblicher Seite erfährt, eine englisch-russische Annäherung in großen Zügen besprochen. Wie verlautet, soll es sich jedoch nicht so sehr um die Besprechung politischer Fragen als um die Gewährung von Krediten an Rußland handeln. Von englischer Seite ist man prinzipiell nicht abgeneigt, diesem Wunsche Rußlands entgegenzukommen. Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß eine Gewährung von Krediten nur dann möglich sei, wenn Rußland sich verpflichte, in Zukunft von jeder antienglischen Propaganda abzusehen. Im übrigen wird erklärt, daß es sich nur um Kredite von privater Seite handeln könne und daß die beteiligten Finanzkreise solche Kredite von der Regelung der russischen Schulden und der Entschädigung für das während der Revolution beschlagnahmte englische Eigentum abhängig machen würden.**

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19261014/1